



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Umwelt und
Sicherheit

4. November 2025

Sitzungen

APS 11.11.2025

AWWD 12.11.2025

KUOA 13.11.2025

Stadtrat 26.11.2025

**Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Entsiegelung und experimentellen
Begrünung einer Fläche am Glauchaer Platz unter der Hochstraße**

Vorlagen-Nr.: VIII/2025/01852

TOP: 10.2

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung

Die in Frage kommenden Flächen im Bereich Glauchaer Platz sind teilweise als öffentliche Verkehrsflächen gewidmet, teilweise als „funktionslose Restflächen“ im unmittelbaren Anschluss an Verkehrsflächen zu verstehen.

Die Stadtverwaltung hat im Zusammenhang mit der allgemeinen Spannbeton-Problematik (auch) der Hochstraßenbrücken bereits erste ergebnisoffene Machbarkeitsstudien auf den Weg gebracht, um nach Möglichkeit noch in diesem Jahrzehnt eine verbindliche Grundsatz-Entscheidung über die zukünftige bauliche und organisatorische (Neu-)Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur zwischen der Saalequerung und dem Waisenhausknoten in den Stadtrat einzubringen. Damit ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt beispielsweise auch eine Lösung mit Abbau der Hochstraßenbrücken und ebenerdiger Verkehrsführung nicht ausgeschlossen.

Unabhängig vom Ergebnis dieser dann zu treffenden Grundsatzentscheidung, sieht es die Stadtverwaltung als generell nachteilig an – und im Zweifel sogar möglicherweise Ergebnis behindernd - wenn zum jetzigen Zeitpunkt durch gestalterische oder sonstige Maßnahmen der Entsiegelung und Begrünung am Ende sogar naturschutzrechtlich wertvolle Flächen entstehen. Diese wären im Rahmen des ggf. nötigen Planungsrechtsverfahrens für eine neue Verkehrsführung dann aber zwingend zu beachten.

Darüber hinaus stehen aufgrund des außergewöhnlichen Aufgabenzuwachses im Zusammenhang mit dem Großprojekt „Umbau Riebeckplatz“ bis auf weiteres keine Personalressourcen im hier hauptsächlich betroffenen Fachbereich zur Verfügung, um diese (oder andere) freiwillige Aufgabe angemessen betreuen zu können. Dies ist auch vor dem Hintergrund der laufenden, notwendigen Haushaltskonsolidierung sowie des bereits gegebenen und sich weiter verstärkenden Fachpersonalmangels zu sehen.



Die Stadtverwaltung steht aber bereits im Austausch mit der MLU. Ziel ist die gemeinsame Gestaltung des Verbundprojekts "**NACHSCHUB**" (Nachhaltigkeits-Accelerator für Bündnisse und Hochschulen). Dabei soll die gemeinsame Umsetzung von Nachhaltigkeits- und Klimazielen gestärkt werden. Aktuell bereitet die MLU die Einreichung einer Projektskizze vor, um Fördermittel des Bundesministeriums für Forschung, Energie und Raumfahrt generieren zu können. Sollte dies der MLU gelingen, wird die Durchführung eines vergleichbaren Projektes auf einer adäquaten Fläche geprüft werden.

René Rebenstorf
Beigeordneter